

Ein gelungener und fortsetzungswürdiger Dialog!

AktivistInnen und DoktorandInnen diskutieren über Demokratisierungsprozess in Indonesien

von Harriet Ellwein

Seit Sommer war er geplant, der Workshop, auf dem Vertreterinnen des DoktorandInnen-Netzwerks, das Genia Findeisen aus Hamburg ins Leben gerufen hat, der Südostasien Informationsstelle, Vereinsmitgliedern und anderen Indonesien-Interessierten Konzepte und Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeiten vorstellen sollten. Am 26./27. Oktober 2002 trafen sich 25 Personen im Asienhaus für diesen Austausch — und standen noch völlig unter dem Schock der Ereignisse auf Bali vom 12. Oktober.

Die Reisewarnung der Bundesregierung wolle man für sich nicht gelten lassen, war die einhellige Meinung der Beteiligten: »Jetzt fahren wir erst recht«, betonten alle, die für ihre Forschungsarbeiten noch empirische Erhebungen machen wollen. Diskussion und Referate standen völlig im Zeichen der jüngsten Attentate. Alle ForscherInnen verbuchten unter den neuen Vorzeichen für sich neue und wichtige Aspekte.

Zum Auftakt die Verfassungsänderungen

Den Auftakt machten Patrick Ziegenhain (Freiburg) und Mirko Herberg (Bonn) mit zwei Vorträgen zu den Verfassungsänderungen seit 1999, nach denen ab 2004 der Präsident direkt gewählt und sich das Parlament aus 550 Abgeordneten und vier Parlamentsmitgliedern aus jeder Provinz zusammensetzen wird. Als wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Demokratie sieht Mirko Herberg klarere verfassungsrechtliche Vorgaben. Die vorgenommenen Veränderungen verlangten aber weitere Präzisierungen (zum Beispiel Parteien- und Wahlgesetze) sowie eine grundsätzliche Rechtssicherheit und die Bekämpfung der Korruption.

Die Autorin ist Vorstandsmitglied der Südostasien Informationsstelle.

Der Machtbalance zwischen Parlament und Präsident ging Patrick Ziegenhain auf die Spur: Während indonesische Verfassungsrechtler in der neuen Verfassungsstruktur von der Dominanz des Parlaments gegenüber dem Präsidenten sprächen, sei in der Realität eine deutliche Machtverlagerung zugunsten der Exekutive feststellbar. So lasse die feste Amtszeit des Präsidenten wenig Raum für Veränderungen, die Abwahl eines — zum Beispiel willkürlich agierenden — Staatsoberhauptes sei nur schwer möglich. Bedauert wurden vor allem die mangelnde Qualität und materielle Ausstattung des gesamten parlamentarischen Apparats, für dessen Qualifizierung derzeit nicht weniger als 14 Geberorganisationen Förderprogramme entwickelt hätten!

Sehr viele Emotionen bei den TeilnehmerInnen weckten die Referate von Christine Winkelmann (Köln), Christian Frank (Berlin) und Manuel Schmitz (Trier), die über die Rolle der chinesischen Minderheit und die religiöse Dimension ethnischer Konflikte referierten. Christine Winkelmann stellte klar, dass die Chinesen in Indonesien mit regionalen, zum Teil um Autonomie oder einen Sonderstatus ringenden Gruppen, wie den Acehnesen oder den Molukkern, nicht verglichen werden könnten. Die Chinesen seien weder ein regionaler Block noch eine einheitliche ethnische Gruppe, außerdem unterschei-

de sich auch ihre ökonomische Situation deutlich von der anderer Minderheiten.

Zur Geschichte der chinesischen Immigranten

Christine Winkelmann und Christian Franz gaben einen Überblick über die Geschichte der chinesischen Immigranten in Indonesien und machten deutlich, dass die Chinesen in der jüngeren Geschichte nach Belieben der jeweils Regierenden zum Sündenbock (zum Beispiel ökonomischer Schwierigkeiten) gemacht oder — wie 1999 — als Wahlvolk hofiert wurden. Während auf der einen Seite die Entfaltung chinesischer Kultur (Medien, Literatur etc.) mehr Liberalität erfahren habe, gebe es andererseits weiterhin 60 diskriminierende Gesetze, die eine wirkliche Integration in die indonesische Gesellschaft unmöglich machten. Wo Gus Dur in seiner Regierungszeit durch die Ernennung eines chinesischen Ministers geflohene Großunternehmen zur Rückkehr ermutigt habe, stagnierten unter Megawati die eingeleiteten Reformen, die Umsetzung beschlossener Gesetze erfolge nicht nachdrücklich.

Die DiskussionsteilnehmerInnen äußerten ihre Dankbarkeit über diese Forschungsvorhaben, da die

Situation der chinesischstämmigen Indonesier nach ihrer Meinung in der Forschung geradezu eine »Black box« gewesen sei und das Thema viel zu wenig öffentlich beachtet werde.



Manuel Schmitz widerlegte die These, dass der Konflikt in Osttimor auf religiöse Ursachen zurückzuführen sei. Selbst wenn nach außen die Katholische Kirche eine führende Rolle in der Befreiung Osttimors gespielt habe, so stehe dies weniger in Zusammenhang mit dem Glauben der Osttimoresen als mit der Instrumentalisierung der Glaubensgemeinschaft im Konflikt. Auch brennende Kirchen und Moscheen kurz vor der Unabhängigkeit wiesen nicht auf Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslims hin, sondern stünden symbolisch für die Auseinandersetzungen zwischen den Einheimischen und den javanischen Besitzern.

Das Militär im Demokratisierungsprozess

In seinem Referat »Das Indonesische Militär im Demokratisierungsprozess« betonte Ingo Wandelt (Hürth), dass das indonesische Militär zwar zum Sturz Suhartos beigetragen habe, sich daraus aber kein gesellschaftliches Folgemodell für die Rolle des Militärs im Staat

entwickeln könne. Ohnehin habe sich die Situation mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, mit den sogenannten »neuen Kriegen« grundsätzlich geändert: Im Zeichen der Anti-Terrorkriege sei die »splendid Isolation« der innergesellschaftlichen Kriege aufgebrochen, externe Beobachter und Akteure träten hinzu. Kriege werden internationaler, innere Sicherheit werde zum Bestandteil internationaler Sicherheit. Zentrale Bedeutung habe dabei die Stärke des Staates gegenüber den Konfliktparteien, und diese sei in Indonesien derzeit kaum prognostizierbar. Traditionell sei Politik im Verständnis des Militärs die »Sphäre

der Machenschaften zwischen den vielfältigen Elitegruppen des Landes«. Politik werde auf der »Bühne Jakarta in Hinterzimmern ausgeübt« und folge ungeschriebenen Regeln.

Über das nach den Attentaten von Bali besonders aktuelle Thema »Islam und Demokratisierung« referierte Claudia Kuhn (Köln). Aus einem Abriss über die Geschichte des Islams in Indonesien entwickelte sie drei Thesen: 1. Den Islam in Indonesien gibt es nicht. 2. Grundsätzlich kann der Islam innerhalb des Demokratisierungsprozesses eine Rolle übernehmen. 3. Diese ist jedoch abhängig von der besonderen Rolle der jeweiligen Führungspersonen und ihrer persönlichen Haltung zur Demokratie.

Den Anteil radikalislamischer Gruppen zu bestimmen, falle nach wie vor schwer. Die große Mehrheit indonesischer Muslime gehöre zwar einem moderaten Islam an, aber es sei eine schweigende Mehrheit. Wie alle indonesischen Bürger, seien auch die Muslime auf der Suche nach neuen und legitimierten Autoritäten. In dieser Orientierungslosigkeit könnten radikale Gruppen auf fruchtbaren Boden treffen.

Die Situation der NGOs

Sriningsih Tunruang vom Aachener Dritte-Welt-Forum und Warsito Ellwein von der SüdostasienInfoStelle gaben zum Schluss des Workshops einen Abriss über die Situation der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und fragten, was die Demokratisierung der Bevölkerung bisher gebracht habe. Sie betonten, dass die NGOs im Vorfeld des Suharto-Sturzes eine wichtige Rolle gespielt haben, jetzt zum Teil ihre Aufgaben als erledigt betrachteten und auch keinen Machtanspruch formulierten. Die NGO-Bewegung finde somit auch keine gemeinsame politische Perspektive und zerfalle mehr und mehr.

Positiv für die Bevölkerung sei die Presse- und Meinungsfreiheit, die Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen, die sich nicht mehr in Standesorganisationen organisieren müssen, die freie Wahl der Bürgermeister in den Dörfern und das Verschwinden des allgemeinen Angstklimas, vor allem vor Übergriffen des Militärs. Der politischen Liberalisierung stehe jedoch eine sich verschlechternde wirtschaftliche Situation gegenüber, Korruption sei noch lange nicht gebannt, das Rechtswesen unterentwickelt. Außerdem herrsche nach wie vor politische Orientierungslosigkeit.

»Was fehlt, ist die Vision« brachten die TeilnehmerInnen die Gespräche im Workshop auf den Punkt, und daran gelte es, weiterzuarbeiten. Bedauert wurde auch das Fehlen eines Referats zur wirtschaftlichen Situation. Ansonsten forschen die WissenschaftlerInnen, die ihre Arbeiten vorstellten, — darüber waren sich alle einig — sehr praxisnah und unterstützen diejenigen, die den Demokratisierungsprozess in Indonesien für sich als politischen Auftrag betrachten.

Ein gelungener und fortsetzungswürdiger Dialog!